

**CONV 350/02**

**WG II 14**

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe II
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom Freitag, den 4. Oktober 2002 unter dem Vorsitz des Kommissionsmitglieds António VITORINO

---

Die fünfte Sitzung der Gruppe II (Charta/EMRK) hat am 4. Oktober 2002 von 14.30 bis 17.30 Uhr unter dem Vorsitz des Kommissionsmitglieds António Vitorino stattgefunden.

1. Effektive gerichtliche Rechtsbehelfe und Zugang von Privatpersonen zum Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Der Vorsitzende verwies auf das Arbeitsdokument Nr. 21, das anhand mehrerer Vorschläge von Mitgliedern der Gruppe und anderen Konventmitgliedern einen Überblick über die Frage der gerichtlichen Rechtsbehelfe und des Zugangs von Privatpersonen zum Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vermittele, die sich vor dem Hintergrund des Grundrechts auf einen wirksamen Rechtsschutz stelle. Zwar hänge sie mit dem allgemeinen Thema Grundrechte zusammen, doch stelle sie sich unabhängig von der Frage, ob die Charta in die Verträge aufgenommen werden und ob die Union der EMRK beitreten sollte.

Die Gruppe hörte zunächst die Ausführungen des Europäischen Bürgerbeauftragten, Herrn Jacob Södermann, der als Beobachter am Konvent teilnimmt, zu den von ihm vorgeschlagenen Artikeln über die (gerichtlichen und sonstigen) Rechtsbehelfe im Verfassungsvertrag (siehe Dok. CONV 221/02 CONTRIB 76). Herr Södermann empfahl u.a., eine - vom Gerichtshof bereits aus Artikel 10 EGV hergeleitete - Verpflichtung der Mitgliedstaaten, für einen wirksamen Schutz der im Unionsrecht garantierten Rechte durch ihre einzelstaatlichen Gerichte Sorge zu tragen im Verfassungsvertrag zu verankern. Außerdem könnte der Bürgerbeauftragte ermächtigt werden, den Gerichtshof mit Angelegenheiten, die die Grundrechte betreffen, zu befassen, und es sollte eine Rechtsgrundlage für die gemeinschaftsweite Harmonisierung europäischer Grundsätze des Verwaltungsrechts geschaffen werden.

Die Gruppe konzentrierte sich in ihrer Aussprache auf die drei Optionen, die im Arbeitsdokument Nr. 21 des Vorsitzes dargelegt werden.

Von den Mitgliedern, die das Wort ergriffen, sprach sich eine große Mehrheit gegen die Schaffung eines neuen besonderen Gerichtsverfahrens zum Schutz der Grundrechte (nach dem Muster "Verfassungsbeschwerde" oder des "recurso de amparo", Option A des Arbeitsdokuments Nr. 21) aus. Wenn die Charta in den Verfassungsvertrag aufgenommen würde, stünden den Bürgern die Rechtsmittel, die das Unionssystem derzeit aufgrund der Artikel 230 Absatz 4 EGV und 234 EGV biete, auch in Bezug auf die Rechte zur Verfügung, die sich aus der Charta ergeben; dies allein sei schon von großem Nutzen für den Schutz der Grundrechte.

Einige Mitglieder gaben zu bedenken, dass es Lücken beim Rechtsschutz gebe, die insbesondere auf die in Artikel 230 Absatz 4 EGV enthaltene Voraussetzung zurückzuführen seien, wonach der Kläger von der angefochtenen Entscheidung nicht nur unmittelbar, sondern auch individuell betroffen sein muss. Sie schlugen daher vor, Artikel 230 Absatz 4 EGV in begrenztem Umfang neu zu formulieren, um diese Lücken zu schließen (Option B des Arbeitsdokuments Nr. 21). Auch wurde kritisiert, dass der Gerichtshof im Rahmen der dritten Säule nur über begrenzte Zuständigkeiten verfüge und dass es keinen Schutz gegen Handlungen von Unionseinrichtungen wie Europol gebe.

Andere Mitglieder meinten dagegen, dass das derzeitige System der Rechtsmittel ungeachtet der Lücken, die es punktuell vielleicht gebe, im Großen und Ganzen zufriedenstellend funktioniere, und warnten davor, dieses System und insbesondere die daraus resultierende "Arbeitsteilung" zwischen

dem einzelstaatlichen Richter und dem Gemeinschaftsrichter wesentlich zu ändern. Eine solche tiefgreifende Änderung könnte eine beträchtliche Überlastung des Gerichtshofs zur Folge haben; dies könnte dazu führen, dass sich die Verfahren in die Länge ziehen, was den wirksamen Schutz der Bürger in Frage stellen würde. Einige Mitglieder der Gruppe vertraten die Auffassung, dass der Vorschlag, in den Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, auf nationaler Ebene wirksame Rechtsbehelfe in Bezug auf die im Unionsrecht garantierten Rechte zur Verfügung zu stellen (Option C des Dokuments Nr. 21), unter dem Gesichtspunkt des Subsidiaritätsprinzips interessant sei.

Abschließend äußerte der Vorsitzende die Ansicht, dass die Möglichkeit einer Neufassung des Artikels 230 Absatz 4 EGV und deren institutionellen Auswirkungen zusammen mit anderen Aspekten – wie die begrenzte Zuständigkeit des Gerichtshofs für Fragen, die den Bereich Justiz und Inneres betreffen, oder die gerichtliche Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips – geprüft werden sollte. Die Gruppe solle deshalb auf konkrete Empfehlungen verzichten und das Thema sowie die verschiedenen Beiträge, die von den Konventmitgliedern diesbezüglich eingebracht wurden, stattdessen dem Konvent unterbreiten, damit dieser sie im geeigneten Rahmen prüft.